

Arbeitspapier der Arbeitsgruppe Digitale Gesundheit der GRPG
unter Leitung von Prof. Elmer und Prof. Noelle

**Vorschlag für die nächste Legislaturperiode:
Digitalisierung als Chance für eine
patientengesteuerte Gesundheitsversorgung**

Die Digitalisierung des deutschen Gesundheitswesens bietet große Potentiale zur Verbesserung der Qualität der Versorgung, der Wirtschaftlichkeit des gesamten Gesundheitssystems sowie der Transparenz insb. auch für Bürger, Versicherte und Patienten als Basis für deren stärkere Einbindung. Der Vergleich mit anderen, vor allem europäischen Ländern zeigt dies deutlich. Vor dem Hintergrund der wachsenden Herausforderungen bedingt u.a. durch demografischen Wandel, anhaltende Kostensteigerungen sowie die fortschreitende Digitalisierung aller Lebensbereiche müssen die gesetzlichen Rahmenbedingungen signifikant und konsequent verändert werden. Kernforderungen sind:

- Governance: Schaffung qualifizierter, entscheidungsfähiger Managementstrukturen für Betreibermodelle auf Grundlage funktionsfähiger Infrastrukturen
- Finanzierung: Etablierung geeigneter Finanzierungs- und Investitionsspielräume sowie zielorientierter Anreize
- Technik: Förderung und Zulassung von aktuellen Technologien

Ziele:

Folgende Ziele sollten bei einer Neuformulierung der gesetzlichen Regelungen im Fokus stehen, um sowohl den Nutzen für den Versicherten und den Patienten als auch den Nutzen für das Gemeinwohl schnell und nachhaltig zu erhöhen. Dabei darf das informationelle Selbstbestimmungsrecht nicht eingeschränkt werden:

- Höhere Transparenz und konsequente Befähigung zur Selbstbestimmung von Patientinnen/Patienten und Versicherten
- Verbesserung der Versorgung durch Unterstützung der Datenflüsse zwischen Leistungserbringern und Patienten vor, während und nach der Behandlung
- Möglichkeit zur Einbringung zusätzlicher Daten/Informationen durch die Patientin/den Patienten (z.B. durch Gesundheitsapps und Wearables)
- Nutzung der persönlichen Daten bei Zustimmung der Patientin/des Patienten für Versorgungsforschung
- Qualitätssteigerung durch verbesserte Mess- und Bewertungsverfahren sowohl für bestehende als auch zukünftige Versorgungsmodelle und -prozesse

Handlungsempfehlungen:

Governance

Die Entwicklung der letzten 15 Jahre zeigt deutlich, dass die bisherigen Governance-Strukturen nicht geeignet sind, die Chancen der Digitalisierung zeitnah flächendeckend im Gesundheitswesen für die Patientinnen/Patienten und deren Versorgung zu nutzen. Anstelle der zur Blockade neigenden Selbstverwaltung ist es erforderlich, ein entscheidungsfähiges, mit Experten interdisziplinär besetztes Steuerungsgremium zu implementieren. Dabei sind u.a. Länder, Industrie, Patientinnen/Patienten zu beteiligen. Dieses Gremium soll Kriterien und Leitplanken für den notwendigen ordnungspolitischen Rahmen entwickeln und trägt die Verantwortung für deren Umsetzung und Einhaltung.

Leitgedanke ist dabei der Grundsatz der Freiwilligkeit für die Versicherten in Bezug auf Existenz und Nutzung einer digitalen Gesundheitsakte. Für Leistungserbringer und Kostenträger ist die für den Versicherten kostenfreie digitale Bereitstellung der Daten verpflichtend i.S. einer Erweiterung des §630g BGB, die den Bürger bzw. den Patienten als „Eigner“ der Gesundheitsdaten definiert.

Finanzierung

Ein wesentlicher Grund für die im internationalen Vergleich rückständige Entwicklung in Deutschland sind fehlende Handlungs- und Investitionsspielräume bzw. falsche Anreize für die verantwortlichen Institutionen im Gesundheitswesen. Insb. fehlen für „digitale Pioniere“ geeignete Abrechnungsmöglichkeiten für Lösungen und Prozesse. Initial sind digitale Prozesse mindestens so zu vergüten wie der entsprechende analoge Prozess.

Schaffung von monetären Handlungsfreiräumen für die Digitalisierung der Versorgungsprozesse für Kostenträger und Leistungserbringer aus Mitteln des Gesundheitsfonds. Geeignete Regelungen zur Schaffung von Transparenz und Vergleichbarkeit sind einzuführen sowie eine Evaluation der Maßnahmen obligatorisch durchzuführen. Dabei liegt der Fokus auf der mittelfristigen Wirksamkeit und Effizienz.

Technik

Die bisherige Entwicklung der Telematik Infrastruktur (TI) ist im internationalen Benchmark überholt und als obsolet zu betrachten. Sie stellt keine Lösung für die Herausforderungen im Gesundheitswesen dar. Mittlerweile sind andere, zukunftsfähige Alternativen einsatzfähig. Daher sollte die weiter vorgesehene Finanzierung der TI in innovative Lösungsansätze wie z.B. offene, interoperable Plattformen und Gesundheitsakten mit direkten, mobilen Zugriffsmöglichkeiten durch den Bürger sowie die Patientin/den Patienten unter Beachtung internationaler Gegebenheiten fließen.

Grundlage sind dabei der Einsatz gesicherter Datenaustauschstrukturen und die Nutzung moderner Authentifizierungs- und Autorisierungstechniken sowie Signaturverfahren.

Fazit:

Die vielen, mittlerweile auch großen Initiativen von wichtigen Institutionen im Gesundheitssystem zeigen deutlich, dass es mittlerweile mehr Unterstützer als Bedenkenträger zum Thema Digitalisierung gibt. Diese sollten durch Umsetzung o.g. Forderungen unterstützt werden, damit Deutschland die sich bietenden Chancen endlich nutzt.

Professor Dr. Arno Elmer

Geschäftsführer Innovation Health Partners GmbH
FOM Hochschule für Ökonomie und Management

Prof. Dr. Guido Noelle

Geschäftsführer gevko GmbH
Hochschule Bonn-Rhein-Sieg, FB Informatik